Flächendeckender Breitbandausbau für die Gemeinde Taching
Leerrohrkonzept, Straßenleichtausbau und Innenbereichssatzung: Gemeinderat hatte eine breitgefächerte Tagesordnung abzuarbeiten

Taching am See – Die Gemeinde Taching am See erhält als eine der wenigen Kommunen im ländlichen Bereich einen flächendeckenden Breitbandausbau. „Das ist eine wichtige und zukunftsweisende Entscheidung mit großer Tragweite“, hob Bürgermeisterin Ursula Haas während der jüngsten Sitzung des Gemeinderats hervor.
Michael Hierl vom Ingenieurbüro IKT aus Regensburg präsentierte dem Gremium das Konzept für eine flächendeckende Breitbandversorgung der Seegemeinde. „Die Ausschreibung ist mittlerweile abgeschlossen. Es ging ein Angebot von der Telekom ein, das eine hochwertige Breitbandversorgung bietet“, berichtete Hierl. Geplant ist ein Ausbau mit Glasfasernetzen mit einer Leistung bis zu 50 Megabit.
Dazu müssen rund 35.000 Meter Kabel verlegt werden. „Gegenüber kupferbasierenden Leitungen ist Glasfaser das zukunftsfähigere Konzept. Es ist schnell, zuverlässig und die Kosten halten sich in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen“, erklärte Hierl den Unterschied. Über das Breitbandförderprogramm des Freistaats Bayern erhält die Seegemeinde einen Zuschuss von 80 Prozent. „Der Eigenanteil der Gemeinde ist bereits im Haushalt für 2016 veranschlagt“, informierte Kämmerer Bernhard Kraus. Abhängig vom Baufortschritt werde heuer jedoch voraussichtlich lediglich die Hälfte der Ausbaukosten anfallen. Die Auftragsvergabe erfolgte im nichtöffentlichen Teil der Ratszusammenkunft.
Darüber hinaus beschloss der Gemeinderat einstimmig, sich dem Leerrohrkonzept des Landkreises Traunstein anzuschließen. Werden in Taching am See künftig Neubau- und Gewerbegebiete erschlossen, Wasserversorgungs- und Entwässerungsleitungen realisiert oder Straßen ausgebaut, legt die Gemeinde Leerrohre für hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse gleich mit. Bisher haben 20 Städte und Gemeinden ihre Teilnahme zugesagt.
Wie Franz Röckenwagner, Geschäftsleiter der Verwaltungsgemeinschaft Waging am See, erläuterte, strebt der Landkreis eine umfassende Breitbandversorgung seiner Kommunen an. „Eine möglichst flächendeckender Breitbandausbau ist ein wichtiger Standortfaktor“, betonte Röckenwagner.
Um Kosten zu sparen – die Erdarbeiten machen immerhin 70 bis 80 Prozent der Investitionssumme aus - und die Breitbandversorgung zu forcieren, sollen in Zukunft bei allen geeigneten Tiefbaumaßnahmen Leerrohre mitverlegt werden. In einem nächsten Schritt erfasst der Landkreis sämtliche verlegte Leerrohre und stellt diese Daten den Netzbetreibern zur Verfügung.
Einmütigkeit herrschte im Tachinger Kommunalgremium auch bezüglich der Kostenüberschreitung von rund 24.000 Euro beim Straßenleichtausbau. Eigentlich war man von einem Haushaltsansatz von 250.000 Euro für die Instandsetzung der Straßenabschnitte Egart, Tengling-Burg, Bromberg-

Schönhofen, Limberg, Krautenbach sowie der Zufahrt Mitterweg in Tengling ausgegangen. Inzwischen hat sich bei einem Ortstermin herausgestellt, dass auch der südliche Bereich von Limberg einer Sanierung bedarf. Zusätzlich befindet sich in diesem Bereich ein Regenwasserkanal, der ebenfalls erneuert werden muss. „Die überplanmäßige Ausgabe stellt uns aufgrund der guten Finanzsituation aber vor keinerlei Probleme“, gab Ursula Haas Entwarnung. Die erforderlichen Maßnahmen werden daher heuer ebenfalls in die Tat umgesetzt.

Keine Zustimmung fand dagegen nach längerer Debatte der Antrag von Stephan Mayer, auf einem Grundstück in Limberg Baurecht für ein Einfamilienhaus zu schaffen. Man wolle in diesem Ortsteil keine weiteren Bezugsfälle schaffen, lautete die Begründung.

Wie mehrfach berichtet, hat der Gemeinderat entschieden, für Limberg eine Innenbereichssatzung zu erlassen. Das heißt: Lediglich bei Baulücken wird ein Baurecht ausgewiesen – wenn dem keine öffentlichen Belange, wie beispielsweise der Immissionsschutz, entgegenstehen. Mit diesem Schritt will man die weitere bauliche Entwicklung in dem Ortsteil aufhalten. „Bei der beantragten Ausweisung eines Baugrundstücks handelt es sich nicht mehr um eine Lücke innerhalb der zusammenhängenden Bebauung“, informierte Bauamtsleiterin Sabine Kraller. Sie verwies diesbezüglich auf den Beschluss des Kommunalparlaments vom November 2015, dem Bauwerber Markus Krautenbacher die Ausweisung einer Baulücke innerhalb der im Zusammenhang bebauten Fläche trotz immissionsschutzrechtlicher Bedenken zu genehmigen. Krautenbacher wollte ursprünglich Richtung Süden bauen. Diesem Vorhaben versagte der Gemeinderat allerdings die Zustimmung, um die Gesamtentwicklung in Limberg im Auge zu behalten und keine Präzedenzfälle zu schaffen.

Die Ratsmitglieder konnten sich zunächst nicht darauf einigen, ob sie die Eingabe von Mayer zunächst zurückstellen oder gleich ablehnen. „Wir machen ein Fass auf, das wir eigentlich schon geschlossen hatten“, bekräftigte die Bürgermeisterin. Zurückstellen stelle zwar die bequemere Lösung dar, berücksichtige jedoch nicht die ortsplanerischen Aspekte. „Wir würden damit anderen Bauwilligen Hoffnung machen“, gab Ursula Haas zu bedenken. Dieser Argumentation schloss sich auch die große Mehrheit des Gemeinderats an – es sollen keine weiteren Begehrlichkeiten geweckt werden; zumal sich auch die Limberger im Vorfeld bereits gegen eine weitere bauliche Entwicklung ihres Ortsteils ausgesprochen hatten.

Januar 2016, Text: Michaela Aßmann